

Redezettel PED Wirtschaftspressekonferenz 2024

Einleitung und Begrüßung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

Herzlich willkommen! Ich freue mich sehr, Sie auf der diesjährigen Wirtschaftspressekonferenz von Plastics Europe Deutschland willkommen zu heißen.

Es freut mich sehr, dass Sie trotz voller Terminkalender den Weg zu uns nach Frankfurt gefunden haben und persönlich oder auch digital bei uns sein können.

Mein Name ist Ingemar Bühler, ich bin der Hauptgeschäftsführer von Plastics Europe Deutschland und ich darf Sie als Gastgeber heute durch unsere Veranstaltung führen.

Gemeinsam werden wir in den kommenden 30 Minuten einen Blick auf das vergangene Geschäftsjahr werfen, einen Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr 2024 geben, unser politisches Umfeld erörtern und unsere Prioritäten präsentieren.

Heute bei mir in Frankfurt sind Dr. Ralf Düssel, Head of Sustainability bei Evonik AG und seit Mai 2022 Vorstandsvorsitzender von PlasticsEurope Deutschland e.V., sowie meine Kolleginnen Carolina Hupfer, Geschäftsführerin Wirtschaft und zentrale Aufgaben, und Bettina Dempewolf, Leiterin unserer Kommunikation.

Dr. Ralf Düssel und Carolina Hupfer werden zunächst auf die wirtschaftliche Lage unserer Branche und die Aussichten für 2024 eingehen.

Bettina Dempewolf spricht über die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Sie wird darstellen, welche Stellhebel das Wachstumschancengesetz bietet und was es braucht, um unsere Wirtschaft wieder zu beleben.

Im Anschluss darf ich den Blick auf unser politisches Umfeld und die Prioritäten von Plastics Europe Deutschland werfen. Insbesondere geht es mir dabei um die kunststoffspezifischen Themen in diesem Jahr. Die PPWR, die Plastiksteuer und die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie.

Nach unseren Vorträgen haben Sie die Gelegenheit, uns Ihre Fragen zu stellen. Für die Gäste, die den Weg zu uns in die Mainzer Landstraße gefunden haben, gibt es im Anschluss einen leichten Lunch und die Gelegenheit zu Einzelgesprächen mit uns.

Starten wir aber nun direkt mit dem eigentlichen Anlass der Wirtschaftspressekonferenz, unserem Blick auf das abgeschlossene Geschäftsjahr 2023.

Jahresrückblick 2023

Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlich willkommen auch von meiner Seite und vielen Dank, Ingemar, für die freundliche Einleitung. Leider habe ich heute nicht den besten Part dieser Konferenz abbekommen, denn ich darf Ihnen einen Rückblick auf das Jahr 2023, inklusive der Wirtschaftskennzahlen, geben. Und Sie ahnen es, ich habe wenig gute Neuigkeiten aus diesem sehr fordernden Jahr dabei. (Pause)

Kurzum: Der kunststofferzeugenden Industrie geht es schlecht! Es ist nun bereits das zweite Jahr in Folge, dass die Kunststoffproduktion in Deutschland merklich sinkt und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht.

Die **Rahmenbedingungen** für die kunststofferzeugende Industrie waren 2023 mehr als herausfordernd. Eine sich nur moderat entwickelnde Weltwirtschaft gepaart mit hohen Inflationsraten und steigenden Zinsen sowie Standortnachteilen in Europa und Deutschland, beispielsweise bei den Energiepreisen, machten der Branche sehr zu schaffen.

Die **Produktion von Kunststoffen in Primärformen** stieg trotz des schwachen Abschlusses 2022 nur minimal zum Jahresbeginn. Das Produktionsniveau aus dem Vorjahr wurde dabei weiterhin deutlich verfehlt. Doch bereits Ende des ersten Quartals 2023 begann die Produktion wieder zu sinken. Dieser Negativtrend setzte sich bis Mai 2023 fort.

Die Produktion stagnierte von Mai bis Juli mehr oder weniger, bis eine leichte Erholung im August einsetzte. Der Novemberwert war trotz der zwischenzeitlichen Erholung niedriger als die Werte zu Beginn des Jahres. Der Dezemberwert fiel auch aufgrund von Betriebsferien und weniger Arbeitstagen etwas geringer aus. Im gesamten Jahresverlauf gab es keine wirkliche Erholung der Produktion. Sie stagnierte eher auf niedrigem Niveau.

Die **Nachfrage nach Kunststoffen made in Germany** ging 2023 merklich zurück. Der Auftragseingang von Kunststoffen lag 2023 um rund 16 Prozent niedriger als 2022. Und bereits 2022 sahen wir einen kräftigen Rückgang. Die Auftragseingänge aus dem Inland lagen zudem unter dem Niveau aus dem Ausland. Die schwierige wirtschaftliche Lage, gepaart mit der globalen Nachfrageschwäche und geopolitischen Spannungen, belastete nicht nur die kunststofferzeugende Branche, sondern auch viele Kundenindustrien aus der deutschen Industrie. Die Industrieproduktion sank 2023 um 0,5 Prozent in Deutschland. Auch hier sahen wir sinkende Auftragseingänge. Die deutsche Industrie hat ein flächendeckendes Nachfrageproblem.

Die **Nachfrage** aus dem Ausland nach Kunststoffen kam ebenfalls nicht in Schwung. Die weltweite Industrieproduktion entwickelte sich schwächer als in den vorherigen Jahren. Wenn wir die 3 großen Märkte China, Europa und die USA betrachten, fällt folgendes auf. Chinas Industriewachstum fiel verhalten aus. Die Industrieproduktion in der europäischen Union, dem wichtigsten Markt der deutschen Kunststoffhersteller, und den USA war 2023 rückläufig und sorgte so für eine geschwächte Nachfrage nach Kunststoffen.

Ein weiteres Indiz für die geschwächte Nachfrage war die Entwicklung des Außenhandels mit Kunststoffen in Primärformen. Es gab 2023 weniger Handel mit Kunststoffen. Importe und Exporte sanken deutlich.

Neben der globalen Nachfrageflaute hemmten außerdem **hohe Produktionskosten**, verursacht durch **hohe Arbeitskosten sowie hohe Energiepreise** die Erholung.

Die Energiekrise in Europa ist noch nicht gelöst. Zwar sanken die Preise für Gas, Öl und Strom im Jahresverlauf. Doch die Energiepreise lagen weiterhin über dem Vorkrisenniveau und über dem Niveau anderer Länder. Trotz des Rückgangs der Preise bleibt Energie in Deutschland und Europa nach wie vor deutlich teurer als in den USA oder in China.

Durch die gesunkenen Preise für Energie und Rohstoffe gerieten die Erzeugerpreise unter Druck und gaben deutlich nach. Gepaart mit der weltweit schwachen Nachfrage sank der Umsatz in vielen Unternehmen kräftig. Der Margendruck der Branche nahm zu.

Ein schwieriges Marktumfeld mit Nachfrageschwäche und hohen Produktionskosten dominierte in 2023 die Kunststoffindustrie. Dementsprechend schlecht fielen die Ergebnisse der wirtschaftlichen Kennzahlen aus.

- **Die Produktion von Kunststoffen in Primärformen sank 2023 um 15,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.**
- **Die Preise für Kunststoffe gingen in der Zeit um 5,3 Prozent zurück.**
- **Der Umsatz der Branche sank um 21,9 Prozent.**

Auch der Außenhandel mit Kunststoffen in Primärformen entwickelte sich negativ. Importe sanken um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr, Exporte verringerten sich um 11 Prozent. Die Beschäftigung der Branche stieg aufgrund neuer Melder im Wirtschaftszweig „Kunststoffe in Primärformen“ um 1,7 Prozent. Dieser statistische Sondereffekt spiegelt aus unserer Sicht allerdings nicht die Realität wider. Wir beobachten vermehrt Spar- und Effizienzmaßnahmen in den Unternehmen. Große Chemie- und Kunststofffirmen mussten bereits Stellen abbauen oder haben in den vergangenen Wochen substanzielle Struktur- und Kostenanpassungen angekündigt.

In aller Klarheit: Diese Zahlen sind dramatisch. Das Marktumfeld war zwar schwierig, aber auch strukturelle Probleme in Deutschland trugen zu den schlechten Zahlen bei. Die Standortbedingungen müssen sich in Deutschland verbessern, um diese strukturellen Probleme zu lösen. Dann könnte auch die deutsche kunststofferzeugende Industrie besser von einem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. An dieser Stelle will ich es fürs Erste belassen. Carolina Hupfer wird gleich noch weiter in die Analyse einsteigen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr 2024

Vielen Dank Ralf,

Ich möchte noch einmal die Ernsthaftigkeit der Lage hervorheben. Sie sehen hier die Produktionsentwicklung der Kunststoffherzeugung in Deutschland der vergangenen Jahre. Der Produktionstrend, dargestellt durch die gestrichelte Linie, ist negativ. Sprich die Produktion geht in der Tendenz seit Jahren zurück. Sie findet vermehrt in Asien, vor allem China, und den USA statt. Europa und Deutschland verlieren dagegen Marktanteile. Der Anteil an der Weltproduktion Kunststoffe verringerte sich von 19 Prozent für Europa im Jahr 2017 auf rund 14 Prozent im Jahr 2022.

Was wichtig ist: Schauen wir auf die Produktionseinbrüche während der Finanzkrise 2008-09, der Corona-Pandemie 2020 und der jetzigen Energiekrise, fällt auf, dass in den ersten beiden genannten Krisen die Erholung der Produktion bereits ein Quartal nach dem Tiefpunkt wieder begann. Es gab jeweils eine kräftige und schnelle Anpassung und Erholung. Das ist jetzt anders. In der jetzigen Energiekrise sehen wir keine kurzfristige Erholung. Seit dem zweiten Quartal 2023 verharret die Produktion von Kunststoffen in Primärform auf niedrigem Niveau.

Anzeichen für eine kräftige Erholung sehen wir auch für 2024 ausdrücklich nicht. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt angespannt. Die Bundesregierung prognostizierte eine BIP-Wachstumsrate von nur 0,2 Prozent für 2024. Auch die Nachfrage nach Kunststoffen aus den Kundenindustrien wird voraussichtlich verhalten bleiben.

Die vier größten Absatzmärkte unserer Produkte sind der Verpackungsbereich, der Baubereich, die Automobilindustrie sowie die Elektro- und Digitalindustrie, wie sie auf der Abbildung links sehen. Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage aus dem Verpackungsbereich 2024 stagnieren wird. Aufgrund des prognostizierten kleinen Wirtschaftswachstums von 0,2 Prozent ist die Nachfrage dort stabil. Der gestiegene regulatorische Druck, vor allem auf Kunststoffverpackungen, könnte die Nachfrage allerdings weiter hemmen. Ein leichter Rückgang ist deswegen auch nicht auszuschließen. Für den Bau, die Automobilindustrie sowie die Elektro- und Digitalindustrie gehen wir von einem Rückgang der Nachfrage nach Kunststoffen in 2024 aus. Die weiterhin hohen Zinsen sowie hohe Rohstoffkosten hemmen die Produktion im Bau. Die angespannte wirtschaftliche Lage verschlechtert außerdem die Konsumlaune in Deutschland. Derzeit werden weniger Elektroartikel oder Autos gekauft.

Die Impulse aus dem Ausland werden voraussichtlich ebenso lediglich moderat ausfallen. Die wirtschaftliche Stimmung in Europa, dem wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Kunststoffhersteller, bleibt angespannt. Die hohen Inflationsraten belasten, trotz des Rückgangs zuletzt, weiterhin das Wirtschaftswachstum.

Auch der anhaltende Krieg in der Ukraine ist nicht nur ein humanitäres Desaster, er ist auch eine große Belastung für Europas Wirtschaft. Die Wirtschaft wächst in der EU langsamer als in China und den USA.

Schauen wir auf die **Wachstumsprognosen für China und die USA**, fallen auch diese 2024 kleiner aus als noch 2023. Neben landesinternen Herausforderungen, wie der Immobilienkrise in China

oder der hohen Staatsverschuldung in den USA, sind auch in diesen Ländern die hohen Inflationsraten und politische Unsicherheiten, beispielsweise die Lage im Südchinesischen Meer oder die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA, ein Dauerthema, das Unsicherheiten schürt.

Die **angespannte geopolitische Weltlage** verunsichert sowohl Unternehmen als auch Konsumenten und hemmt die wirtschaftliche Erholung in Deutschland. Aber auch die derzeitige Politik in Deutschland macht unseren Unternehmen zu schaffen. Aufgrund der Debatten um den Bundeshaushalt fehlt vielen Unternehmen die Planungssicherheit, beispielsweise für klimafreundliche Investitionen. Auch konnte die Regierung das Problem der hohen Energiepreise noch nicht lösen. Hohe Energiepreise werden Produktionsverlagerung oder Schließung von Anlagen beschleunigen. Aber auch überbordende Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren sowie die hohe Steuerlast in Deutschland belasten die deutsche Wirtschaft. Immer mehr Unternehmen treten daher notgedrungen auf die Kostenbremse.

Restrukturierungsmaßnahmen und Effizienzprogramme wurden in vielen Unternehmen bereits eingeläutet.

Die wirtschaftliche Lage wird 2024 angespannt bleiben für die kunststofferzeugende Industrie.

Fazit: Die Nachfrage nach Kunststoffen bleibt 2024 nur moderat. Die Auftragslage wird sich auch in diesem Jahr nicht verbessern. Wir gehen im Jahr 2024 daher von einer Stagnation der Produktion von Kunststoffen in Primärformen in Deutschland aus im Vergleich zum Vorjahr.

Das Produktionsniveau wird 2024 weiterhin rund 25 Prozent unter dem Niveau vor dem Krieg bleiben. Attraktive Standortbedingungen können dabei zur wirtschaftlichen Erholung beitragen. Was es dafür konkret braucht, stellt Ihnen gleich meine Kollegin Bettina Dempewolf vor.

Wachstumschancen - Gesetz(t)?

Vielen Dank, Carolina, für die Analyse unserer Absatzmärkte und die Perspektive auf die Markttreiber.

Meine Damen und Herren, einige der soeben skizzierten Herausforderungen hängen stark mit der derzeit fehlenden **Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zusammen.**

Wir haben es gehört:

Der kunststofferzeugenden Industrie geht es schlecht und die Prognosen für 2024 sehen anhaltend düster aus.

Aber... wir wollen nicht jammern, wir wollen gestalten.

Die Bundesregierung hat seit August 2023 einen Plan in der Schublade: nämlich das Gesetz für Wachstumschancen, Investitionen und Innovationen, sowie Steuerfairness. Oder kurz gesagt:

Das Wachstumschancengesetz.

Es ist ein Instrument, um den Wirtschaftsstandort Deutschland endlich wieder attraktiv und stark zu machen und **gleichzeitig** den Klimaschutz zu fördern. Es ist gewissermaßen die deutsche Antwort auf den Abwanderungssog durch den milliardenschweren Inflation Reduction Act (IRA) der USA, der bereits im August 2022 in Kraft trat.

Mit dem Wachstumschancengesetz sollen Impulse für mehr Wachstum gesetzt und das Fundament für Investitionen geschaffen werden. Insbesondere die Liquidität von kleinen und mittelständischen Unternehmen soll damit verbessert und deren Investitionsmöglichkeiten gestärkt werden. Eine Investitionsprämie für mehr Klimaschutz und eine aufgestockte Forschungszulage sind ebenfalls vorgesehene Hebel, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, denn Innovation und Forschung sind ein bedeutender Antrieb für den Industriestandort und sichern seit jeher Wertschöpfung und Wohlstand in unserem Land.

Soweit die Zielsetzung. Die Frage lautet: wo stehen wir heute? – Mal abgesehen von der Blockade der CDU/CSU-geführten Bundesländer. Und was erwarten unsere Mitgliedsunternehmen von diesem Gesetz?

Das aktuell dem Vermittlungsausschuss vorliegende Kompromissangebot der Ampel zum Gesetzentwurf ist ein zahnloser Tiger!

Die beiden Dinge, die für unsere Industrie wirklich wichtig sind, sind inzwischen vom Tisch.

Schauen wir uns das einmal genauer an und vergleichen den Gesetzentwurf in seiner ursprünglichen Form mit dem Kompromissangebot:

1. Signifikante Steuersenkungen:

Ursprünglich standen im Gesetzentwurf **steuerliche Entlastungen** für Firmen in Höhe von **sieben Milliarden Euro pro Jahr bis 2028**.

Im Kompromissangebot wurden diese steuerlichen Entlastungen um die Hälfte von **7 Milliarden auf rund 3,2 Milliarden Euro** pro Jahr gekürzt. Meine Damen und Herren, um diese Zahl ins Verhältnis zu

setzen: Die Steuerlast, die Gewerbebetriebe in Deutschland tragen, lag **2019 bei 157,8 Milliarden Euro** pro Jahr. Die geplanten Entlastungen sind also wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

2. **Investitionsprämie** zur Förderung der Transformation der Wirtschaft:

Auch bei den Investitionsprämien gibt es noch keine Einigung.

Ursprünglich sollten Unternehmen auf dem Pfad hin zur Klimaneutralität bei **Investitionen in Energieeffizienz** mit 15% der Kosten direkt finanziell unterstützt werden. Die Maßnahme war für Unternehmen gedacht, die ihre Produktionsprozesse klimaneutral ausrichten und zum Beispiel Investitionen in eigene Windparks oder in neue Technologien, die CO₂-Emissionen einsparen, tätigen.

Vergleichbar zum Inflation Reduction Act (IRA) in den USA, was ganz maßgeblich dazu beigetragen hätte, die Transformation zu beschleunigen.

Was sieht der aktuelle Kompromiss vor? Die Prämie für Investitionen in Energieeffizienz wurde schlichtweg gestrichen, ... soll aber *möglicherweise* auf anderem Weg finanziert werden. Nun gut. Das hilft nur leider nicht bei der Transformation zur Klimaneutralität. Denn die Zeit rennt und die Unternehmen müssen jetzt in einem schwierigen und unsicheren Umfeld investieren, um die Krise zu überstehen und gestärkt daraus hervorzugehen.

Immerhin sollen folgende drei Punkte auch bei dem vorliegenden Kompromissvorschlag erhalten bleiben: günstigere Abschreibungsverfahren, eine ausgeweitete Forschungszulage und Regelungen zum Bürokratieabbau.

3. **Günstigere Abschreibungsverfahren:**

Und das ist gut so. Günstigere Abschreibungsverfahren ermöglichen es Unternehmen, viele der neuen Investitionen steuerlich abzuschreiben und sie somit zu entlasten. Ganz konkret ist die befristete Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter (die ab dem 1. Oktober 2023 angeschafft werden) geplant, ähnlich wie während der Corona-Hilfen.

4. Außerdem soll die **Forschungszulage ausgeweitet werden:**

Von den Personal- auch auf die Sachkosten. Diese Maßnahme zur Förderung der Forschung und Entwicklung in Deutschland trägt definitiv zur Innovationskraft unseres Landes bei.

5. Einige Regelungen zum **Bürokratieabbau:**

Und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowohl beim Ausbau existierender Anlagen als auch bei der Ansiedlung neuer Anlagen geht auch in die richtige Richtung. Der Bürokratieabbau hat eine enorme Bedeutung für unsere Mitglieder und muss deswegen mit Nachdruck weiterbearbeitet werden.

Während die Vorschläge im Wachstumschancengesetz gekürzt oder ganz gestrichen wurden, sind im Inflation Reduction Act massive Investitionen zur Bekämpfung der Klimakrise in den kommenden zehn Jahren vorgesehen. **369 Milliarden Dollar** stellt der amerikanische Staat der Wirtschaft in Form von Zuschüssen, Steuergutschriften und Darlehen zur Verfügung.

So sieht in aller Klarheit der aktuelle Entwurf des Wachstumschancengesetzes aus. Damit gehe ich über zu den Erwartungen unserer Mitgliedsunternehmen.

Zunächst einmal muss die Blockade des für unser Land und unsere Wirtschaft so essenziellen Wachstumschancengesetzes mit sofortiger Wirkung im Bundesrat beendet werden. Das heißt konkret: am 22. März muss die Mehrheit der Länder **für das Gesetz** stimmen. Die Deutsche Industrie braucht dieses Gesetz! Punkt.

Es geht hier um Wohlstand, volkswirtschaftliche Leistung, Wertschöpfung, den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Finanzierung von Sozialsystemen.

Das sind fundamentale Bedürfnisse, die das Funktionieren und die Stabilität unserer Gesellschaft gewährleisten. Deshalb darf dieses Gesetz auch nicht politischen Machtspielen oder dem Wahlkampf geopfert werden.

Darüber hinaus brauchen wir keinen zahnlosen Tiger und auch keinen faulen Kompromiss. Wir brauchen das Wachstumschancengesetz, und zwar MINDESTENS in seiner Ursprungsform zurück, so wie es **VOR** dem Kompromissangebot aussah: inklusive der 7 Mrd. Euro Steuerentlastungen und einer **Investitionsprämie** zur Förderung der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft!

Und jetzt komme ich zu den Punkten, die bislang noch gänzlich in dem Gesetzesvorschlag fehlen, und die dennoch von elementarer Bedeutung für unsere Industrie sind:

1. Direktabschreibungen für klimafreundliche Technologien
2. Die Digitalisierungsagenda für den Ausbau der Netze sowie der digitalen Infrastruktur UND die Digitalisierung der Verwaltung

3. Die Absenkung der Unternehmenssteuer auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau.
(Sie liegt derzeit bei 29,9 % deutlich höher als in vielen anderen Volkswirtschaften)
4. Und wirtschaftliche Anreize mit geringem bürokratischem Aufwand!
(wie im Antragsverfahren des IRA: Beispiel eine Seite versus 80).

Die Milliarden des Wachstumschancengesetzes sind gut angelegtes Geld. Unternehmen werden in wirtschaftlich schweren Zeiten finanziell entlastet und können weiterhin aktiv die Transformation hin zur Klimaneutralität mitgestalten. Und das nicht irgendwo, sondern am Standort Deutschland. Davon dürfte nicht nur die Innovationskraft unserer Branche profitieren, sondern auch zukünftige Steuereinnahmen des Staates. Vielen Dank.

Das politische Umfeld

Vielen Dank, Bettina.

Ich möchte noch ein paar Worte zum politischen Umfeld hinzufügen, um die Diskussion um das Wachstumschancengesetz einzuordnen und Ihnen noch etwas mehr Kontext zur Lage der Kunststoffproduktion in Deutschland zu geben.

Die drei wichtigsten politischen Vorhaben, die 2024 einen direkten Einfluss auf die Kunststoffproduktion haben, sind:

- Die EU-Verpackungsverordnung (PPWR)
- Die vorgesehene Einführung der Plastiksteuer in Deutschland
- Die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie.

Die Mitgliedsunternehmen von Plastics Europe erwarten von diesen Vorhaben starken Einfluss auf den Markt. Das kann negative oder positive Auswirkungen haben, je nachdem, wie die Ausgestaltung und Umsetzung am Ende wirklich aussehen. Als Industrie, die sich der Innovation verschrieben hat, die die Transformation zur fossilfreien Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen vorantreibt, befürworten wir Markimpulse, die neue, zirkuläre Geschäftsmodelle wirtschaftlich attraktiver machen und Unternehmen dabei helfen, die europäischen Klima- und Kreislaufwirtschaftsziele zu erreichen.

Im Kontext der Kunststoffproduktion bedeutet dies in erster Linie, den Einsatz von fossilen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas zu reduzieren und alternative Kohlenwasserstoffquellen für die Kunststoffproduktion zu erschließen. Beispielsweise durch den **Einsatz von biobasierten Rohstoffen, mechanisch oder chemisch recycelten Materialien, sowie CCU**.

Die europäische Kunststoffindustrie hat hier zurzeit im Vergleich zu anderen Regionen der Welt einen Technologievorsprung, den es nun gilt, weiter auszubauen.

Die europäische kunststofferzeugende Industrie soll daher im Einklang mit dem European Green Deal bis 2050 vollständig klimaneutral sein, und weitestgehend ohne fossile Rohstoffe auskommen. Hierbei handelt es sich nicht um eine Geste des guten Willens, sondern um eine existenzielle Transformation der europäischen Kunststoffproduktion.

Diese Transformation wird darüber entscheiden, ob die Deutsche und die europäische Kunststoffproduktion weiterhin wachsen und relevant bleiben kann, oder ob sie weiter schrumpft, und schrittweise ins Ausland verlagert wird. Damit verlieren wir die Wertschöpfung und auch gleichzeitig den starken Drang nach einem fossilfreien Produktionssystem.

Wir haben hier einen Großteil der Herausforderungen technologisch bereits gelöst und müssen Wege finden, die Transformation zu finanzieren. Daher begrüßen unsere Mitgliedsunternehmen alle Maßnahmen, die Investitionen in die Kreislaufwirtschaft erleichtern und zu einer schnelleren Transformation der europäischen Kunststoffproduktion beitragen.

Das umfasst Maßnahmen, die:

- Investitionen in die Modernisierung bestehender Anlagen und den Ausbau neuer Anlagen beschleunigen und erleichtern – wie eben schon erwähnt.
- die Nachfrage nach Kunststoffen aus recycelten und nicht-fossilen Rohstoffen erhöhen und die heutige Preisdifferenz verkleinern.
- Und die dazu beitragen, Kunststoffe konsequent im Kreislauf zu führen und weniger Ressourcen zu verbrauchen.

Das Ziel der EU-Verpackungsverordnung bestand ursprünglich darin, die Menge an Verpackungsabfall pro Kopf und die Umweltauswirkungen durch Verpackungsabfälle zu reduzieren.

Am 4. März haben sich Rat und Parlament auf einen Vorschlag der EU-Verpackungsverordnung vorläufig politisch geeinigt. Sofern sich die beteiligten Parteien an den Beschluss halten, kann die EU-Verpackungsverordnung noch in diesem Jahr formell angenommen werden und würde voraussichtlich 2026 in Kraft treten.

Plastics Europe Deutschland begrüßt diese Einigung, da die EU-Verpackungsverordnung viele gute Marktanreize enthält, um die Nachfrage nach Rezyklat zu steigern. Beispielsweise verbindliche Rezyklateinsatzquoten, die auch für Lebensmittelverpackungen gelten sollen, was auch zusätzliche Investitionsanreize für chemisches Recycling schafft.

Wir appellieren daher an die Bundesregierung und an die Europäische Kommission, den Gesetzesentwurf voranzutreiben. Allerdings haben wir auch einige Kritikpunkte. Beispielsweise enthält der jetzige Entwurf einseitige Verbote für bestimmte Kunststoff-Verpackungsformate und unsinnige Ausnahmeregelungen, für schwer recycelbare Faser-Verbundmaterialien. Positiv sind hingegen die potenziellen Anreize für den Einsatz von biobasierten Kunststoffen für Verpackungen, sofern diese künftig durch separierte Zielvorgaben stimuliert werden. Wenn man das große Bild betrachtet, **überwiegen die Chancen bei der EU-Verpackungsverordnung jedenfalls die Kritikpunkte**. So viel zum EU Vorhaben PPWR.

Unser nächstes Thema ist die Plastiksteuer. Die EU-Plastikabgabe ist eine Abgabe auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen, die von der Europäischen Union eingeführt wurde und für alle Mitgliedsstaaten seit 2021 verbindlich an die EU gezahlt werden muss.

Bis heute liegt es in der Entscheidung der Mitgliedsstaaten, ob sie diese Abgabe aus staatlichen Mitteln begleichen oder sie auf die Unternehmen und Bürger, beispielsweise in Form einer Plastiksteuer, umlegen. Bisher hat die Bundesregierung die EU-Plastikabgabe, wie die meisten europäischen Länder, aus dem Staatshaushalt gezahlt. Bislang haben nur Spanien und das ehemalige EU-Mitglied Großbritannien eine Plastiksteuer eingeführt. Italien plant nach mehrmaliger Verschiebung nun die Einführung einer Plastiksteuer Mitte des Jahres.

Im Ringen um den Bundeshaushalt 2024 gab die Bundesregierung jedoch bekannt, die Plastiksteuer nun auch in Deutschland einführen zu wollen. Die Regierung erhofft sich dadurch, die Zahlung an Brüssel in Höhe von jährlich etwa 1,4 Milliarden Euro gegenzufinanzieren.

Unterstützer der Plastiksteuer erhoffen sich von der Einführung der Steuer zudem eine Lenkungswirkung, um den Anteil von nicht recyceltem Plastikmüll zu verringern und den Umweltschutz langfristig zu stärken. Doch ob die Plastiksteuer tatsächlich eine Lenkungswirkung hat, ist umstritten. Das Umweltbundesamt warnt davor, dass eine Steuer, die nur für ein bestimmtes Material eingeführt wird, dazu führen könnte, dass Verpackungshersteller auf andere Materialien ausweichen, ohne dass daraus ein nachweisbarer Nutzen für die Umwelt entsteht.

Im Gegenteil, **das Umweltbundesamt sieht im Falle einer Plastiksteuer sogar ein Risiko für ökologische Fehlsteuerung.**

Hersteller könnten auf schwer-recyclbare Materialien ausweichen und statt Plastik schwerere Materialien einsetzen, was in der Bilanz zu einem höheren CO₂-Fußabdruck führt. Das ist nicht im Sinne der Kreislaufwirtschaft.

Es ist daher ein gutes Zeichen, dass die Bundesregierung bekanntgegeben hat, die Einführung der Plastiksteuer vorerst auf den 01.01.2025 zu verschieben.

Wir interpretieren aus dem bisherigen Austausch, dass die Bundesregierung ein ernsthaftes Interesse an der Lenkungswirkung hat und sich die Zeit nimmt, die Auswirkungen der Plastiksteuer zu evaluieren.

Es gibt nämlich **vielversprechende Alternativen zur Plastiksteuer**, die es ermöglichen, die gewünschte Lenkungswirkung sehr viel schneller zu erreichen. Plastics Europe hat dazu mit den Chemie- und Kunststoffherstellern und den Kunststoffverarbeitern ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht, indem wir diese Alternativen ausführen.

Was schlagen wir vor? Anstelle einer Steuer wollen wir eine **Anpassung der Lizenzentgelte für die getrennte Sammlung und Verwertung**, die Verpackungen begünstigt, die einen geringen Materialeinsatz und einen hohen Anteil an recycelten und biobasierten Materialien aufweisen.

Diese Maßnahme würde sowohl einen ressourcenschonenden Materialeinsatz als auch das sogenannte „Design for Recycling“ fördern. Zudem würde eine solche Anpassung der Lizenzentgelte für alle Verpackungsmaterialien gleichermaßen gelten und nicht nur für einen einzelnen Werkstoff.

Eines der wichtigsten Projekte der Ampel-Koalition war für uns von Beginn an die NKWS. **Das Ziel der Nationalen**

Kreislaufwirtschaftsstrategie besteht darin, zirkuläre Geschäftsmodelle zu fördern und den primären Rohstoffbedarf der Bundesrepublik zu senken.

Kunststoffe spielen in dieser Strategie eine besondere Rolle, da sie für die Transformation zur klimaneutralen Kreislaufwirtschaft dringend benötigt werden und darüber hinaus ein Schlüsselmaterial sind, beispielsweise beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Wärmesaniierung, der Digitalisierung und der E-Mobilität.

Im Rahmen der NKWS hat die Bundesregierung einen breit angelegten Dialogprozess durchgeführt, um Experten aus Umweltschutzorganisationen, Unternehmen und der Wissenschaft, an der Entwicklung der Kreislaufwirtschaftsstrategie zu beteiligen.

Plastics Europe hat sich daran intensiv beteiligt und mit dem Papier „KreislaufwirtschaftPLUS“ und dem **gemeinsamen Leitbild von BDE, Plastics Europe und VCI** eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen eingebracht, wie die Transformation zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen gelingen kann. Dazu zählen, unter anderem:

- **Verbindliche Rezyklateinsatzquoten**, um die Nachfrage nach Rezyklat zu erhöhen.
- **Erschließung alternativer Rohstoffquellen**, beispielsweise aus biobasierten Rohstoffen, chemisch recycelten Materialien, und CO₂.

- **Investitionen in neue Recyclingtechnologien** und die Sammlung und Aufbereitung von Kunststoffabfällen.
- Und **verbindliche Vorgaben zum zirkulären Produktdesign**, sowie Design for Recycling, damit Produkte in Zukunft weniger Material verbrauchen und leichter zu recyceln sind.

Unsere Empfehlungen decken sich auch mit den Empfehlungen des wissenschaftlichen Gutachtens der Bundesregierung und dem „Modell Circular Economy“, indem der WWF für acht relevante Sektoren modelliert hat, was es für die Erreichung der klimaneutralen Kreislaufwirtschaft braucht.

Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, sind sich die Akteure einig, wie wir diese Transformation gestalten wollen. Der öffentliche Beteiligungsprozess steht kurz vor dem Abschluss. **Der letzte Runde Tisch ist für April 2024 vorgesehen.**

Die Bundesregierung arbeitet nun anhand der Diskussionsergebnisse die Kreislaufwirtschaftsstrategie aus und wir gehen davon aus, dass diese im Sommer 2024 veröffentlicht wird. Offene Fragen bleiben jedoch nicht nur beim Ergebnis, sondern auch derzeit noch vor allem bei der Umsetzung, die noch sehr unklar ist.

Abschließende Worte

Vielen Dank, Ingemar, für diese Übersicht zu den politischen Rahmenbedingungen.

Wie Sie zuvor gehört haben, geht die Kunststoffproduktion in Deutschland gerade durch ein tiefes Tal. Dennoch kommt ein Großteil

der Innovationen in der Kunststoffproduktion aus Deutschland und Europa. Wie der Blick auf die verschiedenen Regulierungen zeigt, setzen wir unseren Weg zur Kreislaufwirtschaft, trotz schwieriger Marktbedingungen, unbeirrt fort.

Die Zukunft der europäischen Kunststoffproduktion liegt ohne Frage in der Kreislaufwirtschaft und in der Produktion von Kunststoffen aus nicht-fossilen und recycelten Rohstoffen.

Schon heute werden in der EU **19,5 Prozent** der produzierten Kunststoffe aus zirkulären Kunststoffen hergestellt, das bedeutet aus biobasierten oder recycelten Materialien. Bis 2050 könnte der Anteil nach unseren aktuellen Prognosen und den aktuellen Marktbedingungen bereits bei mehr als 65 Prozent liegen.

Sofern die Bundesregierung nun die richtigen Weichen stellt und den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa wieder attraktiver macht, kann die Entwicklung zur klimaneutralen Kreislaufwirtschaft sogar noch beschleunigt werden.

Damit wären wir auch schon am Ende unserer Wirtschaftspressekonferenz und können allmählich zu Ihren Fragen übergehen.

Wenn Sie mich beispielsweise Fragen würden, wie man die vielen Informationen, die Sie in der letzten halben Stunde gehört haben, zusammenfassen könnte, dann würde ich sicher sagen:

Die Lage der deutschen Kunststofferzeuger ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Deutschland spielt bei der Lösung der Herausforderungen

durch innovative Technologien und Geschäftsmodelle bei der Transformation unserer Industrie und dem Versuch, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt besser in Einklang zu bringen, eine sehr wichtige Rolle.

Ende unserer Ausführungen. Wir freuen uns auf den Austausch und die Fragen.

Vielen Dank!